

Erläuterungsbericht

1. Änderung

Inhalt

1. Grundlagen	2
1.1. <i>Rechtsgrundlagen</i>	2
1.2. <i>Lage des Gebietes</i>	3
1.3. <i>Anlass und Ziel der Planänderung</i>	4
2. Allgemeine Planungsgrundlagen	4
3. Planungen	4
3.1. <i>Planungsgrundsätze</i>	4
3.2. <i>Land- und forstwirtschaftliche Nutzung</i>	4
3.3. <i>Wegebau</i>	4
3.4. <i>Wasserwirtschaft</i>	5
3.5. <i>Naturschutz und Landschaftspflege</i>	5
3.5.1. <i>Natürliche Grundlagen</i>	5
3.5.2. <i>Eingriffsregelung</i>	6
3.5.3. <i>Besonderer Artenschutz</i>	7
3.5.4. <i>Ausgleichsmaßnahme</i>	8
3.5.5. <i>Rechtliche Grundlagen für den besonderen Artenschutz</i>	8
4. Umweltverträglichkeitsprüfung	10

1. Grundlagen

1.1. Rechtsgrundlagen

Die vereinfachte Flurbereinigung Hollnseth wurde 2006 als Projektempfehlung in das Flurbereinigungsprogramm des Landes Niedersachsen aufgenommen. Durch Beschluss des Amtes für Landentwicklung Bremerhaven vom 04. Juli 2012 wurde das Verfahren eingeleitet. Die erste Anordnung zur Ausschließung bzw. Zuziehung von Flurstücken erfolgte am 19. September 2012.

Die Flurbereinigung Hollnseth wurde zunächst als vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren nach § 86 FlurbG angeordnet. Bei Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für die OU Cadenberge (B 73n) durch die Straßenbauverwaltung soll die Flurbereinigung Hollnseth in ein kombiniertes Verfahren nach §§ 1, 87 überführt werden, da die Flächenaufbringung von rd. 30 ha Kompensationsflächen durch freihändigen Erwerb oder mit einer mäßigen Erhöhung des Landabzuges nach § 40 FlurbG nicht realisierbar sein wird.

Die Grundzüge der Planungen wurden in den Neugestaltungsgrundsätzen (NGG) nach § 38 FlurbG festgelegt und abschließend am 16.12.2010 und 13.01.2012 mit dem Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung (ML) abgestimmt. Auf Grundlage dieser NGG ist gemäß § 6 NUVPG festgestellt worden, dass für dieses Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die entsprechende allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 5 NUVPG hat ergeben, dass von diesem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Der Plan nach § 41 FlurbG wurde am 11.11.2013 durch die Flurbereinigungsbehörde genehmigt.

1.2. Lage des Gebietes

Das Flurbereinigungsgebiet Hollnseth liegt im Landkreis Cuxhaven im südöstlichen Teil der Samtgemeinde Börde Lamstedt. Die Gemeinde Hollnseth besteht aus den Ortsteilen Hollen, Abbenseth und Langeln.

Die Ost- und die Südseite des Projektgebietes bilden die Grenze zum Landkreis Rotenburg/Wümme, der nördlichste Abschnitt der östlichen Gebietsgrenze stößt an den Landkreis Stade. Dieser Bereich wird daher „Drei-Kreise-Eck“ genannt.

Das Verfahrensgebiet umfasst eine Fläche von rd. 2.100 ha.

Es verlaufen folgende überörtliche Straßen durch das Gebiet: die B 495 als Verbindung zwischen der Elbfähre Wischhafen-Glückstadt und der B 71/74 westlich von Bremervörde sowie die Kreisstraßen 31, 32 und 35 für den Anschluss der einzelnen Ortsteile.

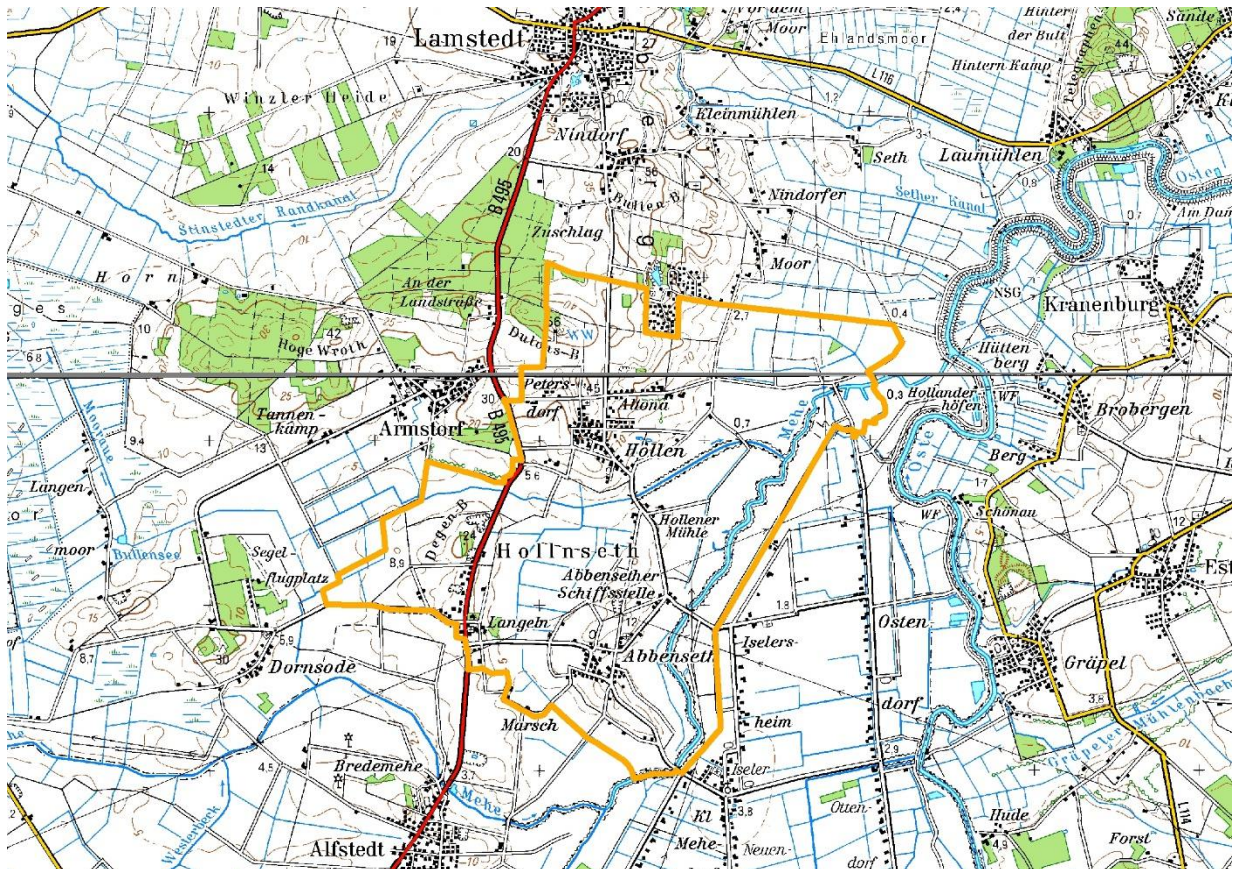


Abbildung 1: Lage des Gebietes

1.3. Anlass und Ziel der Planänderung

Um eine verbesserte Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen im nördlich Bereich des Verfahrensgebietes zu gewährleisten, soll die Wegebefestigung in einem Teilabschnitt verbessert werden.

Die Maßnahmen dieser Änderung dienen dem vorhandenen Ziel:

- Schaffung eines am heutigen Bedarfs ausgerichteten, leistungsstarken Wirtschaftswegenetzes durch naturschonenden und umweltverträglichen Ausbau auf vorhandener Trasse

Aufgrund der Veränderung des Verkehrsflusses, nach erfolgter Besitzeinweisung, wird der westliche Teil des Weges „Petersdorf“ in den Plan nach §41 FlurbG aufgenommen.

2. Allgemeine Planungsgrundlagen

Die für die Planänderung relevanten allgemeinen Planungsgrundlagen sind im genehmigten Plan nach § 41 FlurbG dargestellt.

Die erfassten Planungsgrundlagen werden dieser Planänderung zugrunde gelegt.

3. Planungen

3.1. Planungsgrundsätze

Aus den bisherigen Erörterungen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft und der Samtgemeinde Börde Lamstedt ergeben sich folgende Planungsgrundsätze und Maßnahmenkonzeptionen.

3.2. Land- und forstwirtschaftliche Nutzung

Änderungen in der Nutzung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen sind im Rahmen der 1. Änderung nicht vorgesehen.

3.3. Wegebau

Der geplante Wegebaumaßname ist hinsichtlich ihrer Lage, Ausbaulänge und Ausbauweise im Einzelnen in der beigefügten Karte sowie im Verzeichnis der Anlagen und Festsetzungen (VdAF) dargestellt.

E.Nr. 124.30, 124.40

Der Weg „Petersdorf“ führt von der B 495 Richtung „Altona“ bis zur Kreisstraße 32. Auf der Südseite des Weges befindet sich der Hof eines Haupterwerbsbetriebes, der diese Verbindung zum Erreichen seiner gesamten Betriebsflächen nutzen muss. Zusätzlich ist der Weg die Erschließungsmöglichkeit für die umliegenden landwirtschaftlichen Flächen. Der östliche Teil des Weges wurde bereits im Zuge der Dorferneuerung ausgebaut. Im weiteren Verlauf (Richtung Osten) wurde der Weg bereits im Rahmen der Flurbereinigung bis zur Kreisstraße

K32 und darüber hinaus erneuert. Dementsprechend wird mit dem geplanten Ausbau des Weges die Verbindung zwischen der Bundesstraße B194 bis zur K32 komplettiert. Insbesondere wird diese Verbindung für landwirtschaftlichen Verkehr aus Armstorf benötigt. Die im Februar 2020 erfolgte Besitzeinweisung hat gezeigt, dass Aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten für eine Verlegung dieser Flächen in die Nähe von Armstorf, keine signifikante Änderung der Verkehrsströme zu erwarten sind.

Die vorhandene Befestigung in Betonpflaster befindet sich in einem schlechten Zustand und entspricht nicht mehr den Anforderungen des landwirtschaftlichen Verkehrs. Ein Ausbau in bituminöser Befestigung Vollbahn in nahezu gleicher Ausbaubreite (3,50m) ist hier geplant.

3.4. Wasserwirtschaft

Es sind keine Änderungen hinsichtlich wasserbaulicher Anlagen vorgesehen.

3.5. Naturschutz und Landschaftspflege

3.5.1. Natürliche Grundlagen

Grundlage für die Eingriffsregelung ist die Erfassung und Bewertung naturschutzfachlicher Daten zum Plan nach § 41 FlurbG, insbesondere die Landschaftsbestandsaufnahme und –bewertung für das Verfahrensgebiet Hollnseth (Institut für angewandte Biologie 2010) und der Landschaftsrahmenplan Cuxhaven einschließlich Fortschreibung (Landkreis Cuxhaven 2000 und 2009). Für die Bearbeitung der Eingriffsregelung wurde die Biotoptypen-Erfassung und -bewertung aus der Landschaftsbestandsaufnahme in den betroffenen Maßnahmenbereichen (Weg E.Nr. 124.30 und 124.40) durch Ortsbesichtigungen überprüft.

Der Bereich der Planänderung befindet sich in der Lamstedter Geest auf der Geestinsel Hollen.

Nördlich des Eingriffes liegt das Schutzgebiet LB-Cux 20; es ist nicht betroffen.

Podsole und in geringerem Ausmaß Pseudogley-Braunerden prägen die dortigen Bodenverhältnisse. Sie sind gekennzeichnet durch eine hohe Winderosionsempfindlichkeit. Bei Ackernutzung besteht eine hohe Winderosionsgefährdung.

Die grundwasserfernen Böden tragen mit 250-350 mm/a zu einer hohen Grundwasserneubildungsrate bei. Die Nitratauswaschungsempfindlichkeit ist sehr hoch; bei Ackernutzung besteht eine sehr hohe Nitratauswaschungsgefährdung. Oberflächengewässer sind nicht betroffen.

Der auszubauende Weg liegt auf der Grenze zwischen zwei Bereichen, die eine mittlere und geringe Bedeutung für das Landschaftsbild haben. Markante, kleinräumig wechselnde Reliefformen sind hier kennzeichnend.

Der auszubauende Weg wird beidseitig abschnittsweise von Gehölzstrukturen begleitet, im Norden von einer lichten Eichenreihe (HBA I, Ei 2) mit z.T. Brombeergebüschen und im Süden von einer Strauch-Baumhecke (HFM), die nach Westen in eine Wallhecke übergeht (HWM). Sie sind vom Ausbau nicht betroffen.

Die sich gegenseitig anschließenden Vegetationsbestände weisen Arten des Grünlandes und der Halbruderalen Kraut- und Staudenfluren. Es dominieren Arten Knaulgras (*Dactylis glomerata*), Weidelgras (*Lolium perenne*) und auch als Waldart die Große Sternmiere (*Stellaria holostea*). Weitere Arten sind u.a. der Gewöhnliche Klettenkerbel (*Torilis japonica*), der Wiesen-Kerbel (*Anthriscus sylvestris*), die Große Brennnessel (*Urtica dioica*) und der Rainfarn (*Tanacetum vulgare*). Die Bestände werden dem Biotoptyp UHM (Wertstufe III) zugeordnet, der in Richtung Fahrbahndecke deutlich ausdünn, was sich wertmindernd auswirkt.

Aufgrund der Ausprägung der Gehölz- und Siedlungsstrukturen im Umfeld des Eingriffes wurde ein wertvoller Lebensraum für Fledermäuse festgestellt, der jedoch vom Eingriff nicht betroffen ist. In der Gesamtbewertung ist die Bedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften gering bis mittel.

3.5.2. Eingriffsregelung

Die Eingriffsbewertung des geplanten Wegeausbaus (E.Nr. 124.30 und 124.40) erfolgt weitestgehend nach den Vorgaben der „Leitlinie Naturschutz und Landschaftspflege in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz“ (NMELF 2002).

Für die Ausprägung der Seitenraumvegetation wurde eine Begehung zur örtlichen Überprüfung durchgeführt. Angaben zur Bestandsausprägung und -bewertung sowie zur detaillierten Eingriffsbewertung sind dem VAE zu entnehmen.

Durch den Ausbau des mit Betonsteinen gepflasterten Wirtschaftsweges (Pflasterbreite 3,90 m) zu Bitumen (Breite 3,5 m) auf einer Tragschicht von 4 m Breite auf einer Länge von 485 m resultiert eine Erhöhung des Versiegelungsgrades und damit erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden durch Totalverlust der Bodenfunktionen. Die Beeinträchtigungen sind ausgleichbar. Da kein besonders schutzwürdiger Boden betroffen ist, wird der Ausgleichsbedarf mit dem 1:0,5fachen der beeinträchtigten Fläche angenommen. Die Entsiegelung wird 1:0,2 berücksichtigt.

Tabelle 1: Ermittlung erheblicher Eingriffe in die Schutzgüter

Schutzgut	Eingriff
Boden	Erhöhung der Versiegelung
Biotope	keine
Wasser	keine
Klima/Luft	keine
Landschaftsbild	keine

Tabelle 2: Eingriffsermittlung für das Schutzgut Boden

E.Nr.	Ausbaulänge in m	erheblicher Eingriff	Versiegelung in m ²	Entsiegelung in m ²	Kompensationsbedarf in m ²	Kompensation durch Entsiegelung in m ²
124.30	455	ja	273	182	137	36,4
124.40	30	ja	18	12	9	2,4
Summe					146	39

Aus Tabelle 2 gehen als Kompensationsbedarf $146 - 39 \text{ m}^2 = 107 \text{ m}^2$ hervor.

Der Regelquerschnitt wird durch den geplanten Ausbau nicht verändert. Es ist von einer Andeckung der Seitenräume auszugehen, jedoch erfolgt diese in bereits durch intensive Befahrung im Gegenverkehr beeinträchtigten Seitenräumen. Verluste wertvoller Saumbiotope resultieren durch den Ausbau nicht. Es ist davon auszugehen, dass sich die Seitenräume in der gleichen Art wie vorher wieder begrünen.

Es resultiert ein Gesamtkompensationsbedarf von **107 m²**. Zur Kompensation der beeinträchtigten Bodenfunktionen ist die Entsiegelung von Flächen oder die Nutzungsaufgabe oder Nutzungsextensivierung und naturnähere Entwicklung von intensiv genutzten Flächen erforderlich.

Baubedingte Beeinträchtigungen wie, Störungen der Brut- und Gastvögel durch Baustellenverkehr und -tätigkeit sowie die Zerstörung wertvoller Saum-, Röhricht- und/oder Grünlandbiotope durch Lagerung von Baumaterial werden durch entsprechende Regelung der Bauzeit bzw. durch die Einrichtung flächiger Baustellenbereiche außerhalb wertvoller Biotope (v. a. arten-, strukturreiches Grünland, Röhricht) vermieden.

3.5.3. Besonderer Artenschutz

Für die Genehmigung des Plans nach § 41 FlurbG ergeben sich aus den §§ 44 und 45 (Vorschriften und Ausnahmeregelungen) des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) Prüfpflichten, die die besonderen artenschutzrechtlichen Belange berücksichtigen (siehe Anhang).

Bei der Ermittlung der relevanten Arten wird unterschiedlich verfahren. Da keine eigenen Erhebungen durchgeführt wurden, erfolgt eine Potentialabschätzung zum Vorkommen der relevanten Arten.

So wurden die streng geschützten (Nichtvogel-)Arten dem „Verzeichnis der in Niedersachsen besonders oder streng geschützten Arten“ (THEUNERT 2008, THEUNERT 2008a) entnommen und ihre mögliche Betroffenheit **aufgrund ihrer Lebensansprüche und ihrer Verbreitung in Niedersachsen geprüft**. Diese Überprüfung führt zu dem Ergebnis, dass eine Betroffenheit folgender Arten(gruppen) **mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit** ausgeschlossen werden kann:

Gefäßpflanzen
Amphibien
Reptilien

Käfer
Libellen
Schmetterlinge

Nach dieser Abschichtung verbleiben für die artenschutzrechtliche Prüfung für das Vorhaben Fledermäuse sowie Brut- und Gastvögel.

Ein Teil des Weges liegt in einem für Fledermäuse wichtigen Bereich. Da es zu keinen Eingriffen in den Baumbestand und den Gebäudebestand kommt, ist diese Artengruppe für die artenschutzrechtliche Prüfung irrelevant.

Die Brut- und Gastvögel werden im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung nicht auf Artniveau, sondern pauschal als Gruppe betrachtet. Es sind keine Lebensräume von höherer als allgemeiner Bedeutung betroffen. Vorhandene oder potenzielle Reviere, Brut- oder Gastvogelhabitate sind durch den geplanten Wegebau nicht betroffen, da der Ausbau als Neubefestigung eines vorhandenen Weges erfolgt. In den Wegeseitenräumen sind keine Vorkommen oder Habitate der störungsempfindlichen Brut- oder Gastvogelarten zu erwarten. Eine Tötung von Individuen im Zuge der Bautätigkeit ist nicht zu erwarten, da die Bautätigkeit selbst eine Scheuchwirkung ausübt. Ebenso halten die störungsempfindlichen Brut- und Gastvogelarten mit z.T. hohen Fluchtdistanzen zu Störquellen wie Wegen oder Straßen in der Regel einen artspezifischen großen Abstand. Durch den Ausbau außerhalb der Brut- und Rastzeiten werden störungsbedingte baubedingte Beeinträchtigungen vermieden.

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände können für Brut- und Gastvögel ausgeschlossen werden.

3.5.4. Ausgleichsmaßnahme

Die notwendige Ausgleichsmaßnahme E.Nr. 506 umfasst eine Fläche von ca. 107m². Die Ausgleichsmaßnahme wird im direktem räumlichen Zusammenhang mit der bereits bestehenden Ausgleichsmaßnahme E.Nr. 501 (Sandgrube - Gemarkung Hollen, Flur 2, Flurstück 58/2) ausgewiesen.

3.5.5. Rechtliche Grundlagen für den besonderen Artenschutz

Im Hinblick auf den besonderen Artenschutz wird geprüft, ob die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (Tötungsverbot, Störungsverbot, Schädigungsverbot) eintreten werden. Das zu untersuchende Artenspektrum ist bei dieser Prüfung eingeschränkt auf

- die Pflanzen und Tiere des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (FFH-RL),
- die europäischen Vogelarten nach Art. 1 Vogelschutzrichtlinie (VS-RL) sowie
- die sog. „nationalen Verantwortungsarten“.

Unter den „nationalen Verantwortungsarten“ werden nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG Arten verstanden, die „in ihrem Bestand gefährdet sind und für die die Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße verantwortlich ist“. *Diese Arten müssen im Rahmen einer Neufassung der Bundesartenschutzverordnung erst noch definiert werden. Daher reduziert sich derzeit der Prüfungsumfang auf die oben erwähnten europarechtlich geschützten Arten der FFH-RL und der VS-RL.*

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten (Zugriffsverbote):

1. *wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.*

Die Einstufung als besonders oder streng geschützte Art ergibt sich aus § 7 Abs. 2 Nr. 13 und Nr. 14 BNatSchG. Europäische Vogelarten sind alle in Europa natürlich vorkommenden Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der EU-Vogelschutz-Richtlinie. Alle Europäischen Vogelarten sind besonders geschützt. § 44 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 BNatSchG gelten daher auch für alle Europäischen Vogelarten und die streng geschützten Arten, die ebenfalls eine „Teilmenge“ der besonders geschützten Arten sind (THEUNERT 2008a; BREUER 2009).

Für nach § 15 zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten (lt. § 44 Abs. 5 mit den Sätzen 2 bis 5 folgende Einschränkungen:

2. *Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nummer 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wildlebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nummer 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.*
3. *Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden.*
4. *Für Standorte wildlebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend.*
5. *Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.*

Sollte ein Vorhaben einen der o.g. Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG erfüllen, so darf es nur zugelassen werden, wenn die Ausnahmevoraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 kumulativ vorliegen. Zu den Ausnahmevoraussetzungen zählen:

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses und
- Fehlen einer zumutbaren Alternative und
- keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Populationen, bei FFH-Anhang-IV-Arten: EHZ = günstig.

4. Umweltverträglichkeitsprüfung

Auf der Grundlage des § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird bei Flurbereinigungsprojekten durch eine Einzelfallentscheidung festgelegt, ob eine UVP durchzuführen ist oder nicht. Bei dieser Prüfung der UVP-Pflicht anhand der relevanten Kriterien nach Anlage 2 des o. g. Gesetzes entscheidet die Genehmigungsbehörde nach Vorlage von relevanten Unterlagen durch den Projektträger, ob eine UVP notwendig ist.

Die Projekt- und Standortbeschreibung sowie eine Beschreibung der potenziellen Auswirkungen nach festgelegten Auswahlkriterien erfolgten für die Flurbereinigung Hollnseth auf Grundlage von Art. 4 der UVP-ÄnderungsRL 97/11/EG bereits mit den Neugestaltungsgrundsätzen. In einer Einzelfallentscheidung hat das ML festgelegt, dass für das Projekt die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist, weil mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt gemäß den Kriterien des Anhangs III der UVP-ÄnderungsRL nicht zu rechnen ist.

Bei der Planung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen ergeben sich gegenüber den Darstellungen in den Neugestaltungsgrundsätzen keine gravierenden Änderungen.